

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/84

5. Mai 1975

Dreißig Jahre danach

Deutsche Politik immer nach der Friedenssicherung
ausrichten

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Für Allparteienregierung an der Saar

Änderung der Haltung im Bundesrat unabdingbare
Voraussetzung

Von Friedel Löffle MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Saar

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Vertrauen in die sozial-liberale Koalition

Strategie der Union scheiterte an Mehrheit der Wähler

Seite 5 / 44 Zeilen

Europa braucht nüchterne und zähe Arbeit

Eine Bilanz statt einer Hymne zum "Europatag"

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 6 und 7 / 84 Zeilen

Der Zorn des Prof. Gerstens

Der Opposition fehlten die ersehnten Horrordaten
vom Arbeitsmarkt

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 8 und 9 / 51 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 02 20 37 - 38
Telek: 02 20 946 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Dreißig Jahre danach
.....

Deutsche Politik immer nach der Friedenssicherung ausrichten

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In anderen Ländern mehr noch als bei uns erinnert man sich oder wird daran erinnert, daß in diesen Tagen vor dreißig Jahren die nazistische Gewaltherrschaft zusammenbrach. Der von Hitler begonnene Krieg forderte das Opfer von Millionen Menschenleben und endete in der totalen Niederlage.

Wir Deutsche haben gewiß keinen Grund, die Zerstörung und Zerstückelung unseres Vaterlandes zu einem Feiertag zu machen. Aber unser Volk muß bereit sein, sich auch und gerade mit diesem Abschnitt seiner Geschichte ehrlich auseinanderzusetzen. Das Jahr 1945 brachte auch für das deutsche Volk eine Befreiung, aber der Preis war hoch. Mit der bedingungslosen Kapitulation war die militärische Besetzung verbunden. Die Existenz des Volkes selbst war infrage gestellt. Eine unübersehbare Zahl unserer Landsleute war ohne Haus und ohne Heimat. Die Familien waren zerrissen, die Städte zerstört. Hoffungslosigkeit drohte den Lebensmut zu erstickten. Vielen erschien es zweifelhaft, ob ein Wiederaufbau gelingen würde.

Heute - 30 Jahre nach Kriegsende - haben wir uns immer noch mit einer politischen Wirklichkeit auseinanderzusetzen, die durch die Niederlage des Hitler-Reiches entstanden ist. Grenzlinien wurden neu gezogen. Die markanteste Besetzungslinie jener Zeit bestimmt heute die Abgrenzung zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Dem Hitler-Krieg folgte die Teilung der Welt in die beiden großen Machtblöcke. Europa wurde gespalten. Noch Jahre nach der totalen Niederlage des Reiches lebte die Welt am Rande eines neuen großen Konfliktes.

Es bedurfte großer Anstrengungen, um aus dem unheilvollen Gegeneinander zu einer Politik des sachlichen Miteinanders und der aktiven Friedenssicherung zu gelangen. Zunächst ging es um die Aussöhnung mit den Nachbarn im Westen. Dabei kam der Chance, zu freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Frankreich zu gelangen, besondere Bedeutung zu. Sie ist der Grundstein für das Bemühen um europäische Einigung und um die Sicherung des Friedens in unserem Teil der Welt, der im Bündnis mit den Vereinigten Staaten garantiert wird. Erst rund 25 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg war aber ein Zustand erreicht, der es erlaubte, ohne Illusionen und bei fester Verankerung im westlichen Bündnis eine umfassende Politik der Entspannung einzuleiten, zu der die Bundesrepublik Deutschland ihren aktiven Beitrag leistet.

Heute, 30 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, müssen wir sehen, von wieviel Unruhe und ungelösten Konflikten die Welt noch immer erfüllt

ist. Der unglückselige 33jährige Krieg in Vietnam geht unter Umstände zu Ende, die mit neuen Belastungen zwischen den Weltmächten verbunden sind. Im Nahen Osten steht eine Friedensregelung noch immer aus. Die Spannungen zwischen Industriestaaten, Rohstoffproduzenten und anderen Entwicklungsländern sind besorgniserregend.

Demgegenüber ist positiv zu vermerken, daß die Großmächte USA und Sowjetunion sich von ihrem Bemühen, zumal um die Verhinderung einer nuklearen Konfrontation, nicht abbringen lassen wollen. Bei der europäisch-amerikanischen Konferenz in Genf für Sicherheit und Zusammenarbeit sind Fortschritte erzielt worden, die hoffentlich auch den Wiener Beratungen um einen beiderseitigen Abbau der Rüstungen zugute kommen werden.

Wichtig für die Erhaltung des Gleichgewichtes in Europa ist auch das Ergebnis der freien Wahlen in Portugal. Die Verantwortung der demokratischen Parteien und der Bewegung der Streitkräfte für den Weg Portugals in eine gesicherte Zukunft ist dabei unvermindert groß. In aller gebotenen Bescheidenheit will ich dies hinzufügen: Zur Tendenz einer friedlichen Politik in Europa passen nicht die Anzeichen einer erneuten ideologischen Kampagne gegen Andersdenkende in der CSSR, die schmerzlich an die Vorgänge von 1968 erinnern.

Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland sollten wir die Lehren, die aus dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus zu ziehen waren, nicht verblasen lassen. Die allgemeine und entschlossene Ablehnung terroristischer Verbrechen ist nicht zu übersehen. Nationalistische Versuche müßten ebenso ins Leere laufen. Jedenfalls stehen Sozialdemokraten gerade heute in der Tradition ihres Widerstandes gegen den Nazismus wie gegen jeden Extremismus seither und in der unverbrüchlichen Treue zum Grundgesetz.

Bittere Erfahrungen und zusätzlich gewonnene Erkenntnisse sollten es allen verantwortlichen Kräften unseres Staates möglich machen, bei ihrem Ringen der Meinungen jene Grenzen zu erkennen und zu beachten, jenseits derer sich Gefahren für die Demokratie selbst ergeben. Das Schicksal der Weimarer Republik bleibt wesentlicher Teil der Erfahrungen meiner Generation. Weimar ging nicht zuletzt daran zugrunde, daß die Grenzen einer zumutbaren Auseinandersetzung bewußt überschritten wurden. Das gilt es ebenso zu bedenken, wie jene Gefahren, die aus einem Verdrängen des schlimmsten Abschnitts unserer neuen Geschichte ergeben können.

An den Erinnerungsstätten ehemaliger Konzentrationslager hat sich dieser Tage gezeigt, daß die Narben noch nicht überall verheilt sind. Auch das Mißtrauen uns gegenüber ist noch nicht überall verschwunden, sondern manchmal bricht es sogar aus geringfügigem Anlaß wieder durch. Dies gehört zu den Realitäten, mit denen die deutsche Politik fertigwerden muß. Wir können dies nur, wenn wir deutsche Politik ständig auf die Sicherung des Friedens ausrichten. Dazu bedarf es der aktiven Mitarbeit der jungen Generation. Diese Generation ist zwar frei von schrecklichen Erlebnissen ihrer Eltern, aber sie ist dennoch nicht frei von der Geschichte, die sie geerbt hat. Aus ihr kann sich niemand davonstellen. Unser Volk hat den Wahnsinn von gestern teuer bezahlt. Was immer die Parteien und Generationen sonst trennt: dies dürfen wir alle miteinander nie vergessen. (-/5.5.1975/ka/ben)

+ + +

Für Allparteienregierung an der Saar

Änderung der Haltung im Bundestag unabdingbare Voraussetzung

Von Friedel Läßle MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Saar

Die Wähler haben es den Politikern im Saarland nicht leichtgemacht. Nach der Landtagswahl vom Sonntag stehen sich zwei gleich große Gruppierungen gegenüber. Die bisher mit absoluter Mehrheit herrschende CDU verfügt nur noch über die Hälfte (25) der Mandate im Landesparlament. Die gleiche Anzahl von Mandaten haben SPD (22) und FPD (3) zusammen. Die Stimmenzahl beider Parteien ist allerdings größer als die der Union.

Lange vor der Wahl wurde zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten ein festes Bündnis geschlossen, das nicht nur für den Fall der gemeinsamen Regierungsübernahme Gültigkeit hat. Deswegen ist es illusorisch, wenn man dieses Bündnis auseinanderzuidividieren versucht. Andererseits braucht das Saarland eine handlungsfähige Regierung, die auf eine Mehrheit im Parlament bauen kann. Ein blosses Weiteramtieren der bisherigen CDU-Landesregierung, die mit keiner Vorlage im Landtag eine Mehrheit erreichen könnte, wäre sicher nicht im Sinne unserer parlamentarischen Demokratie.

Aus diesen Überlegungen heraus haben wir Sozialdemokraten in Fraktion und Landesvorstand beschlossen, eine Allparteienregierung für eine gewisse Übergangsphase anzustreben. Eine wichtige Aufgabe dieser Regierung mit ihrer umfassenden Parlamentsbasis wäre eine Verfassungsänderung, mit der die Zahl der Landtagsmandate von bisher fünfzig auf einundfünfzig erhöht und eine ähnliche Konstellation wie an diesem Wahlsonntag in Zukunft verhindert wird.

Natürlich sollte eine solche Regierung nicht über Gebühr lange im Amt bleiben. Trotz eines immer noch beachtlichen Nachholbedarfs im Saar-

land gibt es keinen ausgesprochenen Notstand, der ein längeres Zusammengehen rechtfertigen würde. Deswegen hält die SPD den Termin der nächsten Bundestagswahl für geeignet, neue Landtagswahlen anzusetzen. Dabei gehen wir vor allem von Rücksichten auf unsere Bevölkerung aus. Ihr ist ein nochmaliger Wahlgang in den nächsten Wochen oder Monaten kaum zumutbar. Sollten allerdings die jetzt einsetzenden Verhandlungen zwischen den drei Parteien keine handlungsfähige Regierung zustande bringen, sind wir Sozialdemokraten jederzeit bereit, uns erneut dem Votum der Wähler zu stellen.

Über diesen Überlegungen kommt leicht die Tatsache zu kurz, daß wir Sozialdemokraten im Saarland ein Ergebnis erzielt haben, das für die SPD eine bundesweite Signalwirkung haben kann. Erstmals seit 1972 haben Sozialdemokraten bei einer Landtagswahl Stimmen und Prozentpunkte hinzugewonnen. Mit 41,8 Prozent erreichten wir das bisher beste Ergebnis bei einer Landtagswahl im Saarland. Doch was darüber hinaus von überragender bundespolitischer Bedeutung ist: Die saarländischen Wähler haben die Möglichkeit eröffnet, die Bundesratmehrheit zu verändern. Eine andere Haltung des Saarlandes im Bundesrat, zumindest aber Enthaltung bei unentschiedenen Entscheidungen, ist für uns unabdingbare Voraussetzung bei Koalitionsverhandlungen.

Insofern können wir saarländischen Sozialdemokraten praktischen Dank abstaten für die massive Unterstützung, die wir in diesem Wahlkampf von der Bundespartei und von der Bundesregierung erhielten. Willy Brandt, Helmut Schmidt, Holger Börner und Herbert Wehner, alle Bundesminister, viele Staatssekretäre und alle sozialdemokratischen Ministerpräsidenten sind aktiv in unseren Wahlkampf eingestiegen. Ihnen gebührt ebenso Dank wie allen unseren Mitgliedern und Freunden, die uns in einem bisher noch nie gekannten Ausmaß unterstützt haben. Aber vor allem gilt unser Dank den Wählern des Saarlandes.

(-/5.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Vertrauen in die sozial-liberale Koalition

Strategie der Union scheiterte an Mehrheit der Wähler

Nach der Serie der nun bis auf Bremen (Herbst 1975) und Baden-Württemberg (Frühjahr 1976) abgeschlossenen Landtagswahlen zwischen dem Votum vom November 1972 und der Bundestagswahl von 1976 steht die sozial-liberale Koalition in Bonn fester als zuvor. Es ist der Union trotz härtester Konfrontation und Polarisation nicht nur nicht gelungen, die vom Wähler 1972 so eindeutig und eindrucksvoll in der Bundesregierung bestätigte Koalition über die Bundesländer auszuweiten - sie konnte in keinem Land die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten verändern -, sie hat darüber hinaus jetzt durch die Entscheidung im Saarland ihre Knappe, aber von ihr exzessiv mißbrauchte Ein-Stimmen-Mehrheit im Bundesrat verloren.

Der Union wurde damit ihr Instrument zur Obstruktion gegen die Politik der Bundestagsmehrheit entwunden. Den nach unserer Verfassung guten demokratischen Regeln wird damit ein Dienst getan. Die Entscheidung der Bürger an Rhein, Ruhr und Saar ist also für die C-Parteien mehr als ein Denkmäler. Das Votum der Mehrheit der fast 13 Millionen zur Wahl aufgerufenen Bürger ist eine Absage an den Unions-Kurs der sterilen Gegnerschaft und Krisenstrategie. Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland haben den Beweis dafür erbracht, daß die arbeitenden Menschen der sozial-liberalen Koalition vertrauen und ihr zutrauen, ihnen ein Leben in wirtschaftlicher Stabilität, Wohlfahrt und Sicherheit zu gewährleisten.

Die Mehrheit der Wähler hat erkannt, daß die sozial-liberale Wirtschaftspolitik die Bundesregierung besser durch die Klippen der weltweiten ökonomischen Krise steuerte, als dies anderen vergleichbaren Industriestaaten vergönnt war. Und die meisten Bürger sind sich bewußt, daß es die Sozial-Liberalen sind, die den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat wirksam gegen Angriffe von innen und außen zu schützen vermögen. Honoriert hat der Wähler nicht zuletzt die im Wahlkampf jedem deutlich gewordene Geschlossenheit und Zielstrebigkeit der sozialdemokratischen Führungsspitze.

Der Vorsitzende der CDU, Dr. Helmut Kohl, erklärte, daß es im Hinblick auf 1976 jetzt für die Union darauf ankomme, einig zu sein. Davon kann nun sicher weniger denn je die Rede sein. Der wirkliche Chef der C-Parteien, Franz Josef Strauß, wird die Niederlagen gewiß auch nicht andeutungsweise mit seiner Haltung in irgendeine Verbindung bringen. Er wird sich im Gegenteil wieder einmal bestätigt und gestärkt fühlen.

Claus Preller
(-/5.5.1975/ka/pr)

+ + +

Europa braucht nüchterne und zähe Arbeit

Eine Bilanz statt einer Hymne zum "Europatag"

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seit dem Jahr 1965 wird bei uns der 5. Mai als Europatag offiziell begangen. Auf die Frage: "Weshalb Europatag?" antwortet die Europa-Union Deutschland, daß dieser Tag "Symbol der gemeinsamen Hoffnungen und Ideale der europäischen Völker" sein soll. In diesem Jahr wird - aus gutem Grund - besonders auf den Schuman-Plan hingewiesen, mit dem für Europa ein neues Zeitalter eingeläutet worden sei. Frankreichs ehemaliger Außenminister Robert Schuman gab am 9. Mai vor 25 Jahren im Spiegelsaal des französischen Außenministeriums eine Erklärung ab, in der es unter anderem hieß: "Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Taten entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen."

Am Europatag des Jahres 1975 gibt es begründeten Anlaß, auf das zurückzublicken, was in diesem Vierteljahrhundert im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft geschaffen wurde. Dazu werden sich vermutlich Politiker in den Ländern der Gemeinschaft den Jubiläumstag 9. Mai heraussuchen. Deshalb sei gestattet, hier darauf zu verzichten und besonders eine Aufgabe herauszustellen, die die Europäer in den nächsten Monaten beschäftigen wird, nämlich die "Europäische Union".

Dies sind Tatsachen und Fakten dazu: 1/ Die Pariser Gipfelkonferenz faßte im Jahr 1972 einen Beschluß, bis zum Jahr 1980 die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft in einer Europäischen Union einzubringen. 2/ Die Gipfelkonferenz des Jahres 1974 gab einen Auftrag an die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft bis spätestens zum 30. Juni 1975 Berichte zur Europäischen Union vorzulegen. 3/ Die Regierungschefs der Mitgliedstaaten einigten sich darauf, den belgischen Regierungschef Tindemans zu beauftragen, vor Ende des Jahres 1975 einen Synthesebericht über eine Gesamtkonzeption der Europäischen Union auszuarbeiten. Dabei sollten zu berücksichtigen sein die Stellungnahmen der Regierungen der Mitgliedstaaten, der Institutionen der Gemeinschaft sowie gesellschaftspolitisch relevanter Kräfte.

In der Zwischenzeit wird an diesem Bericht gearbeitet. Sowohl Ministerpräsident Tindemans als auch die verschiedenen Institutionen machen sich ihre Gedanken über die Europäische Union. Auch die Parlamentarier werden ihre Meinung dazu äußern müssen. Diejenigen, die aus der Mitte des Deutschen Bundestages zu den 36 Abgeordneten zählen, die die Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament vertreten, haben in Kürze Gelegenheit, vor diesem Europäischen Parlament ihre Meinungen zu äußern. Der belgische Abg. Bertrand hat die Aufgabe übernommen, im Namen des politischen Ausschusses

des Europäischen Parlaments dem Plenum eine umfassende Ausarbeitung für die Stellungnahmen an Ministerpräsident Tindemans zu erarbeiten.

Nach Meinung der deutschen Sozialdemokraten kommt es darauf an, zunächst die kurzfristigen Möglichkeiten und Notwendigkeiten herauszustellen. Dann geht es selbstverständlich um langfristige Perspektiven. Die Sozialdemokraten meinen auch, daß zu überlegen sei, ob es richtig ist, für den Aufbau der Europäischen Union das klassische Schema der Gewaltenteilung als Verfassungsstruktur zugrunde zu legen. Das Europäische Parlament darf sich nicht realitätsfern äußern. Es schaltet sich sonst aus der Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft aus. Deshalb muß zu den Hauptgegenständen des Berichtes über die Europäische Union zum Beispiel gehören die Frage der Befugnisse des Europäischen Parlaments und des Zusammenwirkens zwischen diesem Parlament und den anderen Organen der Gemeinschaft. Schließlich muß auch geklärt werden, welche Rolle das Europäische Parlament überhaupt in einer Europäischen Union zu spielen hat. Nicht unerwähnt darf bleiben die Frage der Direktwahl zum Europäischen Parlament, Bekanntlich wollen die Regierungschefs 1976 entscheiden, daß im Jahre 1978 dieses Parlament direkt von den Mitbürgern in den neun Ländern der Gemeinschaft gewählt werden soll.

Eine andere nicht unwichtige Frage ist die, in welcher Weise die bereits beschlossenen gemeinschaftlichen Politiken auch in die Tat umgesetzt worden sind. Hier ist sicherlich ein großer Nachholbedarf vorhanden. Deshalb muß von der Kommission geklärt werden, inwieweit die einzelnen Beschlüsse auch durchführbar waren und künftig durchführbar sind. Ganz besonders gilt dies für die Wirtschafts- und Währungsunion, die selbstverständlich nach wie vor das Kernstück der Integrationspolitik ist. Nicht unerwähnt darf weiterhin bleiben, daß im Hinblick auf das Endziel einer gemeinsamen Außenpolitik Maßnahmen der Zusammenarbeit und Absprache, etwa bei der EPZ und der gemeinschaftlichen Gestaltung der Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft, auf allen Gebieten im Auge zu behalten sind.

Die deutschen Sozialdemokraten sehen bei den Arbeiten um die Europäische Union nüchtern in die Zukunft. Es geht darum, politische Antworten zu geben. Es ist nicht unwichtig, was wir wollen, aber genauso deutlich muß erklärt werden, was wir nicht wollen. Der Europäische Rat, den die Regierungschefs vor einiger Zeit gebildet haben, muß in die bereits bestehenden Strukturen eingebunden werden. Dabei ist, wie bereits erwähnt, die Rolle des Europäischen Parlaments zum zentralen Gegenstand zu machen. Ebenso wichtig ist es, darauf zu drängen, daß die Mechanismen der Entscheidungsverfahren in Europa erörtert und verbessert werden.

Sicherlich sind dies nur einige wenige Anmerkungen zum Europatag 1975. Die Diskussion um die Europäische Union wird in den nächsten Wochen sowohl die Fraktionen im Europäischen Parlament als sicherlich auch im Deutschen Bundestag beschäftigen. Es wird sinnvoll sein, wenn bei der künftigen Gestaltung Europas mit Realismus und Nüchternheit gearbeitet wird. Die Zeit, in der, mit Euphorie von Europa gesprochen wurde, gehört der Vergangenheit an. Die Europäische Union aber gibt Gelegenheit, eine sorgfältige Bestandsaufnahme vorzunehmen und realistisch in die Zukunft zu schauen.

(-/5.5.1975/ka/pr)

Der Zorn des Prof. Carstens

Der Opposition fehlten die ersehnten Horrordaten vom Arbeitsmarkt

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Prof. Dr. Karl Carstens darf sich wieder einmal abregen. Die Nordrhein-Westfalen-Wahlen sind gelaufen. Wer jetzt im Bundestag nach-tarocken möchte, der macht sich lächerlich. Noch dazu auf dem Feld, das sich der CDU/CSU-Fraktionschef offenbar vornehmen möchte. Er beschuldigt nämlich die Regierung, sie hätte mit ausgesuchten Arbeitsmarktdaten vom April ein bewußt verfälschtes - zu optimistisches - Bild der tatsächlichen Situation gezeichnet. Das werde ein parlamentarisches Nachspiel haben, drohte er zornbebend. In Bonn hofft man jetzt amüsiert, daß solcher Kampfansage bald der Schlagabtausch folgen werde.

Am vergangenen Freitag war in Bonn durchgesickert, daß die Arbeitslosenquote im April auf 4,7 vH oder real auf 1.080.000 Stellensuchende zurückgegangen sei. Diese Information ist vom Bundeserbeitsministerium auf Anfrage bestätigt worden. Derlei ist üblich und wird mit Recht von Journalisten erwartet. War es dabei vielleicht falsch, darauf hinzuweisen, daß mit Hilfe des Programme der Lohnkostenzuschüsse und der Mobilitätzuschläge rund 82.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden? Wobei korrekterweise darauf aufmerksam gemacht werden muß, daß von den dafür vorgesehenen 600 Millionen DM bis Ende April rund 237,5 Millionen DM in Anspruch genommen worden waren. Hätten die auskunftgebenden Beamten vielleicht die Unwahrheit sagen sollen? Oder die tatsächlichen Zahlen ganz im Unionsinn schwarz malen müssen? Nun, Prof. Carstens wird uns das im Bundestag sicher erläutern.

Vielleicht erklärt er bei dieser Gelegenheit nicht nur der Bundes-

regierung, sondern auch den fünf führenden Wirtschaftsinstituten der Bundesrepublik den Krieg, die wenige Tage vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland in ihrem Gemeinschaftsgutachten "das fluchwürdige Verbrechen" begangen haben, zu prognostizieren, die Zeichen stünden auf Aufschwung, auch wenn man noch nicht genau vorhersagen könne, wann der Auftrieb einsetze. Das hat natürlich der Panikstrategie der Opposition einen Schlag versetzt. Bei den Arbeitnehmern hat es dagegen zu einer Haltung des vorsichtigen Optimismus und Vertrauens in die Zukunft geführt.

Makaber ist der Zornesausbruch des Oppositionspolitikers Carstens freilich. Deutlicher hätte er kaum dokumentieren können, daß seine Partei hoffte, mit Horrordaten den bundesdeutschen Arbeitnehmer ins Unions-Lager treiben zu können. Es ist eine böse Strategie, die auf die Angst vor der Zukunft setzt. Die von Dr. Carstens angekündigte parlamentarische Initiative wird Gelegenheit geben, das noch einmal vor aller Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Am Mittwoch wird der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stigl, die Zahlen einer nicht mehr so überraschten Öffentlichkeit unterbreiten. Dem Präsidenten soll mit einer Kommentierung nicht vorgegriffen werden. Soviel aber läßt sich schon jetzt bemerken: Der Abbau der Arbeitslosenzahl hat noch nicht das gewünschte Tempo erreicht. Das Ergebnis der Wahlen vom Sonntag signalisiert der bundesdeutschen Wirtschaft jedoch, daß es vernünftig ist, sich auf Stabilität und Kontinuität der Bonner politischen Szene einzustellen.

(-/5.5.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller